Abend-Ausgabe. Nr. 160 Dienstag, 6. April 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,96 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel A. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Van Zeeland soll Zollabbau prüfen

Ein Plan der englischen und französischen Regierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. April.

Der heutige Ministerrat in Brüssel wird sich mit den Anregungen der englischen und französischen Regierung an den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland befassen, „die Ordnung der Weltwirtschaft in die Hand zu nehmen" und die Möglichkeit eines Abbaues der internationalen Zollschranken zu prüfen.

Diese Aufforderung ist an van Zeeland nicht in seiner Eigenschaft als belgischer Ministerpräsident ergangen, sondern in seiner Eigenschaft als hervorragender Wirtschaftler. Als ehemaliger Vizegouverneur der Bank von Belgien ist er für alle Fragen, die heute zur Debatte stehen, in höchstem Maße Sachverständiger. Den Amerikanern, von denen man sagt, daß sie die treibende Kraft bei den neuen Plänen sind, dürfte van Zeeland deshalb besonders genehm sein, weil er in Amerika studierte und dabei auch viel von dem amerikanischen Denken erworben hat. Sein Programm, mit dem er 1935, nachdem er die Ministerpräsidentschaft übernommen hatte, hervortrat, erinnerte stark an Gedankengänge des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten, weshalb man ihn auch vielfach als „Roosevelt Belgiens" bezeichnet hat.

Wenn nun aber auch der Wirtschaftskenner und nicht der Ministerpräsident van Zeeland bemüht wird, so will sich van Zeeland noch nicht endgültig binden, ohne sich mit den Mitgliedern seines Kabinetts verständigt zu haben. Man muß zunächst also einmal die Beschlüsse des heutigen Brüsseler Ministerrates abwarten. Daß man direkt auf eine neue Wirtschaftskonferenz zusteuert, erscheint nicht sehr wahrscheinlich. Die Erfahrungen, die man mit der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933 gemacht hat, sind allzu ungünstig, als daß sie zu einer Wiederholung einer solchen Veranstaltung reizen könnten. Dabei ist die Londoner Konferenz offiziell nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden, so daß theoretisch die Möglichkeit bestünde, hier wieder anzuknüpfen. Vermutlich werden sich die Dinge aber so abspielen, daß van Zeeland zunächst einmal einen Gesamtplan zur Lösung der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Währungsschwierigkeiten aufstellen und bei den verschiedenen Ländern vorfühlen wird, ob sie bereit sind, einen solchen Plan zu erörtern. Erst nach einer solchen Fühlungnahme würde als nächster Schritt eine Wirtschaftskonferenz in Frage kommen. Mit dieser Auffassung stimmt auch die heutige Londoner Meldung überein, daß die Einberufung einer formellen internationalen Konferenz nicht geplant sei, sondern daß es sich um informelle Unterhaltungen handeln würde.

„Amerika ist schuld an der Hochschutzzollpolitik"

Hull fordert erneut Abbau der internationalen Handelsschranken

Washington, 6. April.

Am Vorabend des 20. Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg erhielt Staatssekretär Hull in Neuyork von der Wilson-Stiftung die Woodrow-Wilson-Medaille für seine Bemühungen um Abbau der internationalen Handelsschranken. In seiner Dankrede führt Hull u. a. aus, Wilson habe im Januar 1918 in Punkt 8 seiner Friedensvorschläge die Niederlegung dieser Handelsschranken gefordert. Auf der Pariser Friedenskonferenz sei jedoch lediglich erreicht worden, daß die Sieger auf das wirtschaftliche Bündnis verzichteten, das sie sich 1916 versprochen hatten. Im übrigen aber habe der Vertrag Deutschland und dessen Verbündeten wirtschaftliche Fesseln und Ungleichheiten auferlegt, und es habe bis 1925 gedauert, bis die wirtschaftliche Gleichberechtigung zwischen den Siegern und Besiegten wiederhergestellt wurde. Inzwischen hätten die wirtschaftlich freien Nationen alle möglichen Handelsschranken errichtet, und die Zentralmächte seien, sobald sie ihre Freiheit wiedererlangt hätten, in dieser Richtung gefolgt.

Dann sei 1928 von Amerika ein schwerer Schlag gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit geführt worden, und die Vereinigten Staaten seien daran schuld, daß bis 1930 die Zollschranken immer höher wurden und eine Flutwelle extremer Schutzzollpolitik in der ganzen Welt in Gang kam. Es gebe nur einen Weg, eine Katastrophe abzuwenden, und das sei der, daß die gegeneinander rüstenden Nationen sich zu zielbewußter gemeinsamer Arbeit für die Wiederherstellung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit zusammenfänden.

Der Kriegseintritt – Amerikas größter Fehler

Neuyork, 6. April.

Anläßlich des 20. Jahrestages des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg stellt die Presse allgemein Vergleiche über die Gefühle des amerikanischen Volkes in damaliger Zeit gegenüber der heutigen Einstellung an. „New York Post" erwähnt in einem Leitartikel die kürzlich erfolgte Rundfrage an die Bevölkerung, ob der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ein Fehler gewesen sei. 70 v. H., also nahezu drei Viertel der Gesamtbevölkerung, hätten diese Frage mit ja beantwortet. Der progressive republikanische Senator Norris, der seinerzeit gegen den Eintritt in den Krieg gestimmt hat, erklärte in der Pressekonferenz am Montag, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Weltkrieg der größte Fehler gewesen sei, den diese Nation jemals begangen habe. Der Schritt habe niemandem etwas Gutes gebracht, und noch die Kinder der jetzt lebenden Generation würden unter diesem Fehler zu leiden haben. Der demokratische Senator Sheppard bezeichnete seine Weigerung, den Kriegshetzern Gefolgschaft zu leisten, als die stolzeste Tat seines Lebens, auf die er täglich stolzer werde.

Belgien wird von den Locarnoverpflichtungen entbunden

Es muß aber eine genügend starke Armee unterhalten

Paris, 6. April.

Im Quai d'Orsay und im Foreign Office ist am Montagabend der Entwurf des kommenden Briefwechsels zwischen Paris, London und Brüssel über die Befreiung Belgiens von seinen Locarno-Verpflichtungen eingetroffen, der während des Besuchs des Königs Leopold in London festgelegt worden ist. Belgien hatte, so schreibt „Oeuvre" dazu, schon früher zwei Entwürfe eingereicht, denen aber Paris und London nicht zustimmten. Der jetzige Entwurf sehe zunächst die Entbindung Belgiens von den Bestimmungen des Locarno-Vertrages vor. Er enthalte weiter die Verpflichtung gegenüber Paris und London, jederzeit eine genügend starke Armee zur Verteidigung des Landes zu unterhalten.

Vatikan erkennt Abessinien an

Rom, 6. April.

Die von Pius XI. der Königin von Italien und Kaiserin von Aethiopien verliehene „Goldene Rose" ist am Montag nach einem Hochamt, dem das italienische Herrscherpaar mit hohen Würdenträgern und Regierungsmitgliedern in der Schloßkapelle des Quirinals beiwohnte, von Nuntius Borgongini Duca feierlich der Königin und Kaiserin überreicht worden. In einer besonderen Verleihungsurkunde, die der Nuntius am Sonntag dem Herrscherpaar überreicht hatte, wendet sich Pius XI. mehrmals an den König von Italien und Kaiser von Aethiopien, was als stillschweigende Anerkennung des italienischen Imperiums durch die Kurie gelten muß.

Jagodas Nachfolger ernannt

Moskau, 6. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist zum Nachfolger Jagodas auf dem Posten des Postkommissars der erst kürzlich zu seinem Stellvertreter ausersehene Chalepski ernannt worden. Der zweite stellvertretende Postkommissar Prokofiew wurde seines Postens enthoben. Der neue Postkommissar kommt aus der Roten Armee, wo er seit 1929 Chef der Verwaltung für Motorisierung und Mechanisierung war. Die Berufung Chalepskis bedeutet also eine starke Ausdehnung des Armee-Einflusses auch auf die Zivilverwaltung des Postwesens.

Lyon und Umgebung ohne Gas und Strom

Paris, 6. April.

Die Belegschaften der Gasgesellschaft von Lyon sowie der Elektrizitätswerke der Rhone-Gegend, die das ganze Lyoner Gebiet mit Gas und Strom versorgen, haben beschlossen, am Dienstag früh die Arbeit niederzulegen.

Die Deutschen in Südwest rechtlos

Die Reichsregierung hat sich gezwungen gesehen, auf die von der südafrikanischen Regierung angekündigten Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung im ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika mit einer Protestnote zu antworten. Die Note beschränkt sich darauf, vor den Folgen dieser Kampfmaßnahmen zu warnen, die geeignet sind, die Bevölkerungsgruppen in dem von der Südafrikanischen Union — einem englischen Dominion — verwalteten Mandatsland des Völkerbundes gegeneinander aufzuhetzen. Im ehemaligen Deutsch-Südwest leben neben britischen Staatsangehörigen und Buren rund 12 000 Deutsche, die einen erheblichen Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen. Seit Kriegsende wurden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte dieser Afrikadeutschen immer wieder beschnitten. Sie mußten um jedes völkische Gut erbittert kämpfen. So gab es ein jahrelanges Ringen um die Schulen und um die Sprache, die noch immer nicht als dritte Amtssprache — neben dem Englischen und dem Afrikaans (Dialekt der Buren) — anerkannt ist. Auch die politischen Verhältnisse im Mandatsgebiet sind alles andere als vorbildlich, obwohl man sich in London immer wieder mit der loyalen Ausübung der Mandatarpflichten brüstet. Die Südwestafrika verliehene eigene „Verfassung" blieb ein Scheingebilde, das nichts daran ändert, daß tatsächlich der von der Unionsregierung eingesetzte „Administrator" dem Lande seinen Willen aufzwingt. Wie unter dieser Verfassung das Wahlrecht gehandhabt wird, mag daraus hervorgehen, daß 2217 deutsche Wähler durch drei Abgeordnete, 2457 britische Wähler aber durch neun Abgeordnete vertreten werden. Wenn man jetzt den Deutschen vorwirft, Organisationen zu bilden, die den Staat bedrohen, so ist damit der Deutsche Volksbund gemeint, der die kulturellen Rechte der Afrikadeutschen bisher wahrgenommen hat. Die angekündigten Maßnahmen der Mandatsregierung wollen das Deutschtum politisch und kulturell mundtot machen, indem sie ihm die selbstverständlichsten Rechte einer in einem Mandatsgebiet lebenden geschlossenen Nationalität nehmen. Wenn die Zugehörigkeit der Deutschen — die zum großen Teil noch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen — zur nationalsozialistischen Bewegung mit Gefängnisstrafen von einem Jahr bedroht wird, so kennzeichnet das den wahren Charakter der Kampfansage durch die Regierung in Pretoria, auf deren Haltung bekanntlich das Auswärtige Amt in London nicht ganz ohne Einfluß ist. Man will es den Deutschen in Südwest unmöglich machen, sich zu der Weltanschauung zu bekennen, die das Mutterland zu einem neuen Aufstieg geführt hat und die heute für jeden Deutschen — mag er nun im Reiche leben oder im Ausland — schon etwas Selbstverständliches geworden ist. Diese Mißachtung der durch das Mandatsstatut feierlich verbrieften Rechte ist bezeichnend für die willkürliche Auslegung, die man den Völkerbundsbestimmungen gibt, wenn es um die Aufrechterhaltung der britischen Vorherrschaft geht. Der deutsche Protestschritt macht deshalb die Regierung der Südafrikanischen Union mit Recht auf die schweren Folgen aufmerksam, die ihre Kampfmaßnahmen nach sich ziehen müssen. Die Verantwortung für das Schicksal Südwestafrikas liegt jetzt einseitig bei der Regierung in Pretoria.

Eine Stimme der Einsicht

Minister Pirow über die Bedeutung der deutschen Schule

Pretoria, 6. April.

Der Verkehrs- und Verteidigungsminister von Südafrika, Oßwald Pirow, eröffnete in Begleitung seiner Gattin den Bazar der deutschen Schule in Wynberg bei Kapstadt. In seiner Ansprache verwies der Minister auf die zahlenmäßige Bedeutung des Deutschtums in der Südafrikanischen Union, das die Hälfte des afrikanischen Bevölkerungsteiles, dem auch er angehöre, blutsmäßig ausmache. Pirow betonte weiter die Disziplin und die Loyalität des deutschen Volksteiles, der ihm in seiner früheren Amtstätigkeit als Justizminister die geringste Mühe verursacht habe. Auch Engländer besuchten gern die deutschen Schulen, da ihnen dort schätzenswerte deutsche Eigenschaften vermittelt würden. Am Ende seiner Rede nahm Pirow zur Frage der Naturalisation Stellung. Es handle sich dabei, so sagte er, um ein heikles Thema. Er wolle dazu nur soviel sagen, daß das Wort „Kulturdünger" ein böses Wort sei. Die Union erwarte die Einbürgerung der Deutschen, die in der Union ihre Heimat, ihren Broterwerb und ihre endgültige Niederlassung gefunden hätten, im Interesse ihrer Familie und Kinder.

Reichsminister Rust in Neu-Phaleron

Athen, 6. April.

Reichserziehungsminister Rust ist heute früh auf dem Dampfer „Milwaukee" in Neu-Phaleron angekommen. In der Begleitung des Ministers befinden sich seine Gattin, die Ministerialräte Graf zu Rantzau und Frey, sowie der Leiter der Pressestelle des Ministeriums, Rechtsanwalt Glauning. Der Minister wurde an Bord vom griechischen Kultusminister Georgakopoulos willkommen geheißen. Zur Begrüßung hatten sich auch der deutsche Gesandte Prinz Erbach-Schönberg, der Landeskreisleiter der NSDAP Dr. Wrede, Herren der deutschen Gesandtschaft und Ortsgruppenleiter Dr. Crome mit ihren Damen eingefunden. Darauf gingen Reichsminister Rust und seine Begleitung an Land.

SLUB
Wir führen Wissen.